

Balingen engagiert

„Schimpfen-Spinnen-Schaffen“

Vortrag zur Landesgartenschau in Balingen

18. September 2023

Martin Müller

Lebenswerke GmbH Stuttgart

Gliederung des Vortrags:

1. Ein kleiner Blick zurück und nach vorn
 - 1.1. Vom Traditionellen Ehrenamt zur neuen „EngagementKultur“
 - 1.2. Vom Bürgerengagement zur Bürgerbeteiligung –
Gemeinsamkeiten und Abgrenzung

2. Unsere Themen
 - 2.1. Bürgerbeteiligung mit und für geflüchtete Menschen –
ein neues Miteinander in der Mehrheitsgesellschaft
 - 2.2. Bürgerbeteiligung zwischen Digitalisierung und Social Media
 - 2.3. Bürgerbeteiligung und die Bedürfnisse der jungen Generation
 - 2.4. Bürgerbeteiligung und die neuen Bedürfnisse der älteren Generation

3. Die Zukunft der Beteiligung
 - 3.1. Neue Engagement- und Beteiligungsformen im Quartier
 - 3.2. Bürgerbeteiligung hybrid im inklusiven Gemeinwesen: Mit und für alle
 - 3.3. Einfache und Leichte Sprache
 - 3.4. Bürgerengagement und Beteiligung ganz konkret:
Schimpfen-Spinnen-Schaffen

1. Ein kleiner Blick zurück und nach vorn

1.1. Vom Traditionellen Ehrenamt zur neuen „EngagementKultur“

Das Traditionelle Ehrenamt und das Bürgerengagement haben sich verändert. Schon die letzten Jahre hat sich viel getan, im sog. „Traditionellen Ehrenamt“ und in den mannigfaltigen Initiativen des Bürgerengagements in Baden-Württemberg. Beispielhaft in Qualität und immer noch quantitativ spitze, bundesweit. Drei, auch politisch relevante Themen mindestens sehe ich:

1. Es gibt immer mehr soziale und monetäre Ungleichheit
2. Menschen sind immer mehr verunsichert, fühlen sich „nicht gehört“ und haben Angst vor der Zukunft
3. Es gibt viele neue Gruppierungen, Zielgruppen, Initiativen, traditionell und innovativ, dann „demokratisch gesehen“ Grenzwertige und dann wieder wundervoll Interessante.

Eines haben alle gemeinsam:

Viele wählen immer mehr das Internet als Plattform, sind digital unterwegs..., mit all seinen Vor- und Nachteilen... man kann und darf man da noch glauben...

Nun geht es darum, kurzfristige und mittelfristige Perspektiven dieser gesellschaftlich so wichtigen Arbeit zu erörtern. Welche Rolle spielen dabei die Komponenten des „Quadrologs“ von Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft?

Was bedeutet das für die Arbeit im Traditionellen Ehrenamt und Bürgerengagement?

Formate mit Online-Anteilen sind sicherlich sinnvolle Optionen. Die durch einen Virus in die digitale Transformation gedrängte Gesellschaft musste im Frühjahr 2020 regelrecht sofort reagieren. Wichtig ist aus unserer Sicht deshalb folgendes: Keine adhoc-Aktionen. Wir müssen Dinge entwickeln, die tragfähig sind. Deshalb ist es sinnvoll, festzustellen, welche Zielgruppen zum jetzigen Zeitpunkt ungenügend oder überhaupt nicht mehr erreicht werden. Um wen handelt es sich. Daraus ergibt sich die Fragestellung, ob einzelne Inhalte durch Online-Tools wie z.B. „Padlet“, Webinare, Interaktive Kurzanwendungen analog und digital und z.B. Motivations- bzw. Erklär-Videos vermittelt werden können. Wir suchen dauerhafte und qualitätsorientierte Angebote für die bestehende, große Community und auch Formen, die die „Vergessenen“ erreicht und „mitnimmt“, ohne die anderen zu verprellen. Es geht um eine **gemeinsame Vision und eine adäquate Mission**.

Dass wir uns richtig verstehen: Nichts geht über ein gutes persönliches Gespräch, bei dem man sich persönlich gegenüber sitzt und nichts geht über einen Austausch, während einer Konferenz, einem „WerkStadtGespräch“ etc., quasi „Open Space“, bei dem man seine persönliche Anerkennung erfährt, sich zugehörig und geborgen fühlt und auch etwas Neues, fachlich und auch an Formaten, erfährt. Die „Überbegriffe dafür sind **„Gesellschaftliche Verantwortung“ und Demokratie bzw. Demokratiebildung**.

Spätestens in den letzten 3 Jahrzehnten kam zum sog. „Traditionellen Engagement“ das „Bürgerschaftliche Engagement“, von meist zeitlich befristeten Projekten für eine bestimmte Sache, in einer gewissen Ungebundenheit dazu. Es sind so Initiativen entstanden, die sich nicht gleich in Vereinen konstituiert haben. Eine neue „EngagementKultur“ ist entstanden, die sich selbst neue „EngagementRäume“ in „Modernen Zeiten“ geschaffen hat.

1.2. Vom Bürgerengagement zur Bürgerbeteiligung – Gemeinsamkeiten und Abgrenzung

Bürgermitwirkung bei kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen ist seit Bestehen des Landes Baden-Württemberg in dessen Kommunalverfassung verankert. Somit gehört Beteiligung in der Gemeindeverfassung zum Repertoire der Städte und Gemeinden.

Mit gebührendem Aufwand betriebene Partizipation oder besser Bürgerbeteiligung in der Kommunalpolitik ist spätestens seit „Stuttgart 21“ geradezu selbstverständlich und hat dabei stets mit der Zivilgesellschaft im Allgemeinen und dem Bürgerengagement vor Ort und somit im Besonderen zu tun. Eine Entwicklung, die sich, wenn sie gut gemacht ist und „nachhaltig“ begleitet wird, positiv für den jeweiligen Prozess auswirken kann. Ergebnisse, die die Akteure so gar nicht auf dem Plan hatten, können entstehen und geradezu weiterwachsen. Dabei ist der Blick auf den **„Quadrolog zwischen Verwaltung, Politik, Zivilgesellschaft und Wirtschaft“** gerichtet.

Man sollte aber auch von gescheiterten Aktivitäten lernen dürfen, die es mindestens genauso oft gibt. Wenn es gelingt, eine „worst practise“ Mentalität ja fast schon zu kultivieren, wenn es eben auch Power-Point-Präsentationen gibt über das Scheitern, die Betroffenen sich darüber austauschen und dabei voneinander lernen, dann haben wir einen großen Schritt in Richtung Bürgerkommune gemacht.

Dann folgt diese Entwicklung nicht nur einer „Dienstleistungs- und Warenideologie“ und die Bürgermitwirkung gehört nicht nur zum versprochenen „Produkt“.

Beteiligung heißt in diesem Fall, Teil von Politik und Verwaltung werden zu können, die handelnden Strukturen zu kennen und sie aber auch zu korrigieren, verändern, beauftragen zu können. Das Baugesetzbuch erzwingt die Teilhabe dort, wo Eigentumsrechte durch Stadtplanung betroffen sind und ermöglicht einen positiven Verlauf dort, wo ganze Viertel oder Stadtteile möglichst mit den Nutzern zu verändern sind. Die Städtebauförderpolitik bezieht dabei engagierte Bürger in solche Planungen mit ein.

Die repräsentative, parlamentarische Demokratie hat immer mehr Schwierigkeiten in der Präsenz, Transparenz und Überzeugungskraft, da sie sehr formal und rational aufgebaut ist. Vielen erscheint sie als fast nicht mehr zeitgemäß, obgleich diese gewachsene Struktur das entscheidende Prinzip in unserer Demokratie ist. Direktdemokratische Elemente wie unterschiedlichste Beteiligungsprozesse sind wichtiger geworden und Bürgerbegehren nehmen zu.

Bürgerengagement gehört zur Bürgerbeteiligung und ist längst eine **Querschnittsaufgabe** in den Verwaltungen geworden, die am besten weit oben im Organigramm oder gar beim Oberhaupt der Stadt angesiedelt sein muss. Immer wichtiger dabei wird, dass sich die Mitarbeiter der Verwaltungen nicht als „innen“ und die Bürger als die da „draußen“ sehen. Entsprechende Kompetenzen und Netzwerke sind von Nöten. Der demokratische Prozess in einer Kommune benötigt die Summe unendlich vieler individueller, sozialer, fruchtbarer Prozesse, deren Regelwerk und Kompetenzen sowie Machbarkeit und damit mögliche „Durchschlagskraft“ vorher festgelegt werden und somit allen Beteiligten klar sein muss. Es braucht dabei auch die soziale Kompetenz und Empathie sich mit anderen Menschen auseinanderzusetzen, sich zusammenzutun, zu verbinden oder sich abzugrenzen.

Das Lernen demokratischer Spielregeln im Prozess ist dabei nur ein kleiner Lernvorgang. Die Kompetenz mit Kompromissen umzugehen erfordert sehr viel mehr Kraft und die strategische

Teilhabe auf komplex gewordene Entscheidungsvorgänge geradezu eine Art von „Bildung“ und Humanressourcen, die was ganz Besonderes darstellt und nicht unmittelbar mit dem „Bildungshintergrund“ zu tun hat.

Welche Energien für derartige Prozesse benötigt werden, zeigt ein Einblick in die Mechanismen der „Basisdemokratie“. Wird diese in der „basisdemokratischen Reinform“ auf die Spitze getrieben, dauern Willensbildungsprozesse ähnlich wie bei großen Wohngemeinschaftsprojekten Jahrzehnte, Ehekrise und Grabenkämpfe in alle Richtungen mit einbezogen. Jeder Vorgang bedarf der Abstimmung mit dem Ziel auf Konsens und hat oft Auswirkungen auf den eigenen Lebensstil. Dabei sind verschiedenste Methoden notwendig und somit hilfreich. Würde man dies nicht tun, würden viele vitale Vorgänge der „modernen Urbanität“ absterben, das Nebeneinander und die Gettos sind dann das Resultat. Partizipation, Beteiligungsprozesse, die gut organisiert und lokal individuell abgestimmt sind, die auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger ehrlich setzt, stellen eine (neue) Möglichkeit des Zusammenlebens- und Zusammenwirkens dar.

Leitgedanken von Beteiligung

Für uns wichtige Impulse in der politischen Diskussion sind die Leitgedanken, die wir auf Bundesebene als „Allianz für Vielfältige Demokratie“ entwickelt haben:

1. Die Demokratie in Deutschland ist vielfältiger geworden. In der deutschen Gesellschaft spielen direktdemokratische und dialogorientierte Beteiligungsformen eine immer größere Rolle. Viele Bürger*innen möchten nicht nur wählen, sondern auch mitdiskutieren und mitentscheiden. Umgekehrt wächst aber auch der Anteil in der Bevölkerung, der sich an demokratischen Prozessen nicht beteiligt.
2. Ein besseres Zusammenwirken von repräsentativer, direktdemokratischer und dialogorientierter Beteiligung stärkt die Demokratie in Deutschland.
3. Eine besser gestaltete vielfältige Demokratie stärkt und aktiviert die Teilhabe der Bürger*innen und erhöht die Chance auf gemeinsam getragene politische Lösungen.
4. Damit die vielfältigen partizipativen Elemente ineinandergreifen und sich gegenseitig bereichern, bedarf es einer intensiven gesellschaftlichen Auseinandersetzung sowie der Erarbeitung und Erprobung konkreter Lösungen für die demokratische Praxis.

Ziele:

1. Wir wollen einen Beitrag leisten zu einem besseren konstruktiven Zusammenwirken von repräsentativer, direktdemokratischer und dialogorientierter Beteiligung.
2. Wir setzen uns für mehr Transparenz über Entscheidungsprozesse und Beteiligungsmöglichkeiten ein.
3. Wir wollen die Qualität dialogorientierter Beteiligungsverfahren für Bürger*innen verbessern und konkrete Lösungen zur Implementierung in der Praxis finden.
4. Wir wollen zum Aufbau von Partizipationskompetenzen in Politik und Verwaltung sowie in der Zivilgesellschaft *und Wirtschaft* beitragen.
5. Wir wollen eine inklusive und breite Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen, um damit der sozialen Spaltung unserer Demokratie entgegen zu wirken.

Unsere 10 Grundsätze für die Qualität von Beteiligung:

Gute Beteiligung lebt...

- von der Bereitschaft zum Dialog (*Quadrolog*)
- beachtet die Themen, die Akteur*innen und die Rahmenbedingungen.
- braucht klare Ziele und Mitgestaltungsmöglichkeiten.
- beginnt frühzeitig und verpflichtet alle beteiligten Personen.
- braucht ausreichende Ressourcen.
- ermöglicht vielfältige Mitwirkung.
- erfordert die gemeinsame Verständigung auf Verfahrensregeln.
- braucht eine sorgfältige und kompetente Prozessgestaltung.
- basiert auf Transparenz und verlässlichen Informationsaustausch.
- lernt aus Erfahrung.

Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung gehören unmissverständlich zusammen und bedingen einander. Beide haben viel mit Haltung zu tun, „bedienen“ sich doch beide ähnlicher Formate und stehen für „Demokratie“ im Denken und im Handeln. Beide benötigen professionelle Strukturen.

2. Unsere Themen

2.1. Bürgerbeteiligung mit und für geflüchtete Menschen – ein neues Miteinander in der Mehrheitsgesellschaft

Grundlage in Baden-Württemberg in den letzten Jahren ist der „Pakt für Integration“: Diese Vereinbarung knüpft an die Kooperationsvereinbarung vom 13.11.2015 und die Ergänzungsvereinbarung vom 06.12.2016 über die Zusammenarbeit beim Landesprogramm „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ an. Das Landesprogramm „Integration durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“ ist eine Weiterentwicklung des im Jahr 2015 aufgelegten Landesprogramms „Flüchtlingshilfe durch Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft“. In mehreren Förderprogrammen werden besondere Projekte mit unseren Mitgliedsstädten initiiert, begleitet und ausgewertet.

Die gelebte Vielfalt findet in den Städten bereits statt. Es bedarf einer Koordination und oft auch einer fachlichen Begleitung verschiedenster Initiativen und die Pflege einer Anerkennungskultur.

Die Demokratiebildung spielt dabei ebenso eine große Rolle, wie auch die Wahrung von Sicherheit und Ordnung. Die Stadtverwaltung hat stets eine koordinierende Rolle inne.

Die Stadtgesellschaft arbeitet dabei sinnvollerweise mit einem „erweiterten Inklusionsbegriff“, der Integration und die Teilhabe aller Menschen als Haltung voraussetzt. Eine Differenzierung macht nur in der konkreten Zielgruppenarbeit Sinn. Dies gilt es ebenso politisch zu transportieren, wie immer wieder an allen Orten, zu jeder Zeit, für eine Mehrheitsgesellschaft und ein Miteinander zu werben sowie gute Beispiele adäquat in Szene zu setzen.

Aus Balingen kennen wir nicht nur das „Generationenhaus“ und ganz aktuell die vielen Engagierten während der Landesgartenschau. Es lohnt sich, diese vielen Stände noch nach meinem Beitrag einen kleinen Besuch abzustatten, um vielleicht in den kommenden Wochen mal vor Ort vorbeizuschauen.

2.2. Bürgerbeteiligung zwischen Digitalisierung und Social Media

Nicht erst, seit ein Virus die Welt auf den Kopf stellte, gewinnen Soziale Medien und die Grundlagen der digitalen Transformation an Relevanz und Einflussnahme. Das schlichte Know-How müssen zunächst in der Einstellung dazu und im täglichen Umgang damit, erfahren und gelernt werden. Die jüngere Generation geht damit sichtbar und wahrnehmbar ganz anders um, als Ältere 50+, die bisher vornehmlich im Bürgerengagement zu finden sind. Das finden wir in vielen Teilen und Feldern der Gesellschaft wieder. Ein Austausch- und Lernfeld über die Generationen hinweg. Diese Entwicklung bewirkt zunehmend weitere **EngagementRäume** und auch Akteure, die es vorher gar nicht gab oder zumindest nicht bekannt waren. Angesichts dieser „Digitalisierungswelle“, die viel mehr als eine „Welle“ ist und die bleiben wird, brauchen Kommunen eine **Digitalisierungsstrategie** bzw. einen „**Digital-Kompass**“, einen Handlungskorridor, innerhalb dem sie nachhaltig und zielgerichtet vorangehen. Dazu rücken wir einen zentralen Baustein einer Strategie in den Mittelpunkt: Die Bürgerbeteiligung. Wir sehen neue Dimensionen der Beteiligung, die für die soziale Ausgestaltung der Digitalisierungsstrategie grundlegend sind.

Traditionell übliche Beteiligungsformen reichen nicht mehr aus

Der demokratische Prozess in einer Kommune benötigt die Summe unendlich vieler individueller, sozialer, fruchtbarer Prozesse. Deren Regelwerk, die Kompetenzen, die Machbarkeit und die mögliche „Durchschlagskraft“ müssen vorher festgelegt werden und allen Beteiligten klar sein. Es braucht dabei auch die soziale Kompetenz und Empathie sich mit anderen Menschen auseinanderzusetzen, sich zusammensetzen, zu verbinden oder sich abzugrenzen. Die Herausforderung ist: Die Beteiligung der Bürger:innen im Rahmen eines Digitalisierungsprozesses wird gemeinhin auf die Information und die Bedarfsermittlung in Form von diskursiven Befragungen reduziert – analog wie online. Das ist die „traditionell übliche Form“ der Bürgerbeteiligung, die ohne Zweifel wichtig ist und ihren Stellenwert hat. Zur Bürgerbeteiligung zählen wir aber drei weitere Dimensionen, die berücksichtigt werden müssen, und zwar Beteiligung

1. als Wissenstransfer,
2. als das Überwinden einer neuen Form sozialer Armut und
3. als Teilhabe.

Beteiligung als Wissenstransfer in die Verwaltung

Die zweite Dimension, die des Wissenstransfers, folgt einem pragmatischen Gedanken. Die Bürger*innen können ein großer Wissenspool sein. Warum werden Kommunen nicht Nutznießer und transferieren das Wissen ihrer Bürger:innen in die Verwaltung. Oberbürgermeister Czisch hat in Ulm das „Verschwörhaus“ gegründet, das mittlerweile Leuchtturmprojekt ist. Unter der Trägerschaft der Stadt forschen interessierte Bürger*innen an digitalen Projekten und geben ihr Wissen weiter. Die Vorteile für die Stadt sind groß: Wissen wird transferiert, neue Zielgruppen gewonnen und passgenaue digitale Tools entwickelt. Weitere gute Beispiele lassen sich im StädteNetzwerk des Städtetags Baden-Württemberg und in der „Allianz für Beteiligung“ finden.

Der neuen „sozialen Armut“ vorbeugen

Der digitale Fortschritt birgt auch eine Gefahr, der – zumindest derzeit – viel zu wenig Beachtung geschenkt wird. In 2017 hatten lt. statista sieben Prozent aller deutschen Haushalte kein Internet. Der Digital-Index von D21 hat Anfang 2018 ermittelt, dass es ca.12 Mio. „digital Abseitsstehenden“ gibt. Gerade diese Zielgruppe muss aktiv beteiligt werden. Was nicht passieren darf ist, dass Menschen aus finanziellen, technischen oder Bildungsgründen nicht an der „digitalen Kommune“ teilnehmen können. Das kann unter bestimmten Voraussetzungen zu einer neuen „sozialen Armut“ führen. Die kommunalen Digitalisierungsprozesse müssen für alle transparent und nachvollziehbar sein, alle müssen Zugang haben und alle müssen digitale (Weiter-)Bildungsmöglichkeiten haben. Das ist das Gebot der Daseinsvorsorge. Wir sind gespannt, in wie weit „Corona“ hier positiv gewirkt hat.

Teilhabe betrifft auch Digitalisierung

Die Digitalisierung in den Gemeinden und Städten wird auch neue Kommunikationsformen und neue Formen der Vergemeinschaftung mit sich bringen. Gerade gehandicapte Menschen sind von der Gefahr betroffen, nicht mehr daran teilhaben zu können. Auf der anderen Seite bietet gerade die Digitalisierung große Möglichkeiten, diese Menschen einzubinden und mitzunehmen: telemedizinische Angebote, neue Formen der Betreuung, bedarfsgerechte und automatisierte Services, die im alltäglichen Leben und im Bedarfsfall auch in der Not unterstützen. Die Chancen eine gerechte Teilhabe zu sichern sind da, es gilt nur sie in der „Digitalisierungsstrategie“ zu bedenken, da betreffende Zielgruppen leider nicht auf eine so potente Lobby zurückgreifen können wie andere Stakeholder.

Digitalisierung ganzheitlich, nachhaltig, gemeinsam und für alle

Die zentrale Frage lautet: Alle müssen beteiligt werden, aber wie? Es scheint ein steiniger Weg zu sein, den es zu beschreiten gilt, wenn „digital Vergessene“ teilhaben können und sollen. Klingt dies nicht von „vorne herein“ ein wenig paradox oder gar naiv? Oder ist es nicht gar zynisch, ausgerechnet Menschen, denen der Zugang zu gesellschaftlich bedeutsamen Ressourcen fehlt, aufzufordern, an allgemeinen politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken? So kommt die Stadtverwaltung als zentrale Koordinierungsstelle ins Spiel. Eine zugehende, sozialraumorientierte Arbeit wird wichtig. Die sog. „stillen Gruppen“ müssen aufgespürt werden, z. B. durch „Nachbarschaftsgespräche“ und die Schaffung von weiteren „Orten der Begegnung“ in den Quartieren - und das digital unterstützt. Auch inszenierte Prozesse, wie der „Bürgerrat“, über „Zufallsbürger:innen“ bestückt, sind spannende Vehikel für alle. So muss es sein!

Balingen macht Bürgerengagement und alles, was damit zu tun hat, quasi zur Chefsache, als Teil der Stabstelle, wie ich finde, genau der richtige Ansatz.

Denn es kommt in der Zukunft auf Sie alle an. Ohne Sie alle geht wenig. Da bin ich mir sicher. Klasse, was es hier alles gibt.

2.3. Bürgerbeteiligung und die Bedürfnisse der jungen Generation

Klima, Migration und Gerechtigkeit

Die Jugendlichen von heute zeichnen sich durch eine "neue Ernsthaftigkeit" aus. Das ist das Fazit der Sinus-Jugendstudie 2020. Die Studie erforscht seit 2008 alle vier Jahre die Lebenswelten von 14- bis 17-Jährigen in Deutschland. Auftraggeber ist unter anderem die Bundeszentrale für politische Bildung. Nach Einschätzung der Forscher resultiert diese Haltung zu einem guten Teil aus der Sorge um die Umwelt und das Klima. Daneben seien auch Migration und soziale Gerechtigkeit große Themen. Forschungsdirektor Marc Calmbach sagt dazu: "Es ist eben nicht mehr die Spaßgesellschaft wie in den 90ern." Man stehe vor großen Herausforderungen, und die würden sensibel wahrgenommen. Der frühere Hedonismus sei stark zurückgegangen. Calmbach erklärt, die Forscher gingen davon aus, dass der Einsatz der Jugend für den Klimaschutz nicht abebben werde. Es sei manchmal eine ziemlich arrogante Erwachsenenhaltung, die Jugend daran zu bemessen, wie lange sie mit den Fridays-For-Future-Demonstrationen durchhalte. Das werde einer Generation nicht gerecht, die sich dieses Thema sehr effektiv und kreativ angeeignet habe.

Und dass sich die sog. „Letzte Generation“ auf die Straße klebt, müssen wir ernst nehmen, auch wenn das „nur nervt“...

Teenager fühlen sich nicht ernst genommen

Generell glauben der Untersuchung zufolge viele Jugendliche, dass weder sie noch die Klimakrise von den Verantwortlichen in Politik, Wirtschaft und in der älteren Generation ernst genommen würden. Mögliche Problemlösungen würden verschleppt oder sogar hintertrieben, zudem werde der Jugend die Teilhabe an Entscheidungen erschwert und die Politik vor allem von „alten weißen Männern“ dominiert.

Sinus-Jugendstudie Die Sinus-Jugendstudie wird alle vier Jahre erstellt. Die qualitative Untersuchung ist nicht repräsentativ. Befragt wurden nur 72 Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren. Die langen und persönlichen Interviews erlauben Forschern aber einen guten Einblick in das Denken der Jugendlichen. Wegen der offenen Herangehensweise und der daraus resultierenden Tiefenschärfe ist die Methode in der Sozialforschung anerkannt.

Gute Noten für Politik in Corona-Zeiten

Im Umgang mit der Corona-Krise stellen die Jugendlichen der Politik hingegen ein gutes Zeugnis aus: Den Studienautoren zufolge vertrauen sie den Akteuren und sehen die Anti-Corona-Maßnahmen als nachvollziehbar und verhältnismäßig an. Die Teenager seien zwar genervt von den Einschränkungen, aber zugleich mitfühlend und verantwortungsbewusst. Die Befragten zeigen demnach wenig Angst vor einer eigenen Ansteckung, befürchten aber, andere Menschen anzustecken. Kritisiert wird aber eine verfrühte Öffnung der Schulen.

Die Tendenz der Individualisierung des Menschen nimmt immer mehr Formen an,... nicht nur bei den Jungen...

Wie geht das zusammen? Was können wir alle gemeinsam und füreinander tun?

2.4. Bürgerbeteiligung und die neuen Bedürfnisse der älteren Generation

Immer mehr Kommunen machen sich Gedanken über eine mögliche Strategie einer lebendigen Entwicklung für eine möglichst inspirierende Atmosphäre für jegliches Engagement, für hohe Lebensqualität und eine optimale Beratungslandschaft Senioren und Pflege heute und in der Zukunft. Ziel dieser Prozesse ist es, die vorhandenen Ressourcen in der Stadtgesellschaft und den dazugehörigen Ortsteilen zu nutzen, indem die Schlüsselpersonen und „Stakeholder“ im Bereich Engagement, Senioren und Pflege schon von Anfang an mit einbezogen werden. Es geht um einen Überblick auf die meist nächsten 10 Jahre für die Handlungsfelder Begegnung, Beratung und Beteiligung, ganz explizit für Senior:innen und den Bereich Pflege. Die Stadtverwaltung übernimmt dabei eine koordinierende Rolle. Die Generationenübergreifende Strategie impliziert Felder des Engagements, Orte von Lebensqualität, Möglichkeiten der Gesundheitsbewahrung und der Fitness, Beratung für Leistungen der Pflegeversicherung, Häusliche Pflege, ergänzende Unterstützungsformen, Entlastungsmöglichkeiten für pflegende Angehörige, Rund-um-die-Uhr-Betreuung, finanzielle Unterstützungsmöglichkeiten, psychosoziale Angebote, um nur ein paar wichtige zu nennen. Eine möglichst optimale Beteiligungs- und Beratungslandschaft im Bereich für Senioren und Pflege hat somit mit Sozialraumtheorie zu tun, mit Wohnumfeldgestaltung, mit Atmosphäre, mit gesellschaftlicher Verantwortung, ganz konkret mit Nachbarschaftlichen Hilfen sowie „neue Formen des Hilfemixes“, Ressourcen im Quartier, in der Zivilgesellschaft allgemein zu tun. So fügen wir dieser „Senioren Strategie“ die Begriffe „Begegnung“ und „Beteiligung“ ganz bewusst hinzu. Wir gehen dabei von einem Start in einen Prozess aus, der jedes Jahr mindestens neu in seiner Handlungsplanung überprüft, reflektiert und spezifisch ausgerichtet gehört. Er sollte für die nächsten 10 Jahre angelegt werden. Ein Papier mit relevanten Eckpunkten kann nur mit Beteiligung von verschiedensten Akteuren gelingen. Auch während dieses Prozesses müssen wir wach sein und stets schlaue Ideen entwickeln. Eine wahrlich spannende Herausforderung. Dazu können weitere, niederschwellige „Orte der Begegnung, Beteiligung und Beratung“ entstehen. Auch ist neben der so wichtigen „analogen“ Begegnung, Beratung und Beteiligung auch eine ebenso digitale Strategie sinnvoll. Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) fordern aktuell zurecht den „Digitalpakt-Alter“. Der Zugang zum Internet muss für alle Bürgerinnen und Bürger unabhängig von ihrem Alter gewährleistet sein. Das ist das zentrale Ergebnis des 8. Altersberichtes der Bundesregierung. Teilhabe und Teilnahme am konkreten Leben bedeuten Lebensqualität. Und die neuen Medien sind dabei eine zusätzliche Chance und Hilfe auch bei Krankheit und Immobilität.

3. Die Zukunft der Bürgerbeteiligung

3.1. Neue Engagement- und Beteiligungsformen im Quartier

Bürgerengagement und die Beteiligung der Stadtbevölkerung, sowie Interessensvertreter vor Ort, erfordern Ideen und gezielte Maßnahmen, um konkrete und tragfähige Lösungen für die zunehmend vielschichtigen Planungsprozesse zu finden. Die Lebensräume einer Stadtgesellschaft definieren sich in der Regel oberhalb der reinen Wohnstrukturen (Wohnumfeld einer Familie) und unterhalb der verfassten Gesamtgemeindestruktur in Quartieren, in denen es über Infrastruktur, Kultur und Arbeit ein Gleichgewicht aus Wohnen, Leben und Begegnung gibt, das täglich gestaltet wird. Gerade Engagierte nehmen dabei eine wichtige Rolle ein. Die Mitgliedstädte des Städtetags verfügen mittlerweile über genügend Beispiele erfolgreich

funktionierender Quartierspraxis. Im interkommunalen Erfahrungsaustausch werden Erkenntnisse gesammelt und regelmäßig ausgewertet. Es werden Erfahrungen und Bausteine aus der Praxis zu den Themen: Inklusion im Quartier (Ebene des ganzen Quartiers), Inklusion unter einem Dach (Ebene Gebäude), Inklusion im öffentlichen Raum (Plätze, Straßen, Orte), Inklusion im Handeln (Quartiersplanung und -strategien) und Inklusion im Alltag (z.B. beim Einkaufen, Arbeiten, bei Veranstaltungen) im Projekt „Inklusive Quartiere“ regelmäßig evaluiert. Eine interdisziplinär besetzte Projektgruppe begleitet das Projekt und diskutiert das Thema übergreifend. Mitwirkende sind Fach- und Führungskräfte aus folgenden Bereichen der Kommunalverwaltung: Stadtentwicklung, Stadtplanung, Bauen, Integration, Umwelt, Familie, Jugend und Soziales, Vertreter des Netzwerks Inklusion, Vertreter des Beirats der Kommunalen Beratungsstelle Inklusion. Baden-Württemberg greift einen interdisziplinären Ansatz auf. Bei weiteren strategisch bedeutsamen Themen kann an diese Erfahrungen angeknüpft werden. Am Beispiel der Inklusion wird der Umgang mit Querschnittsthemen innerhalb der kommunalen Verwaltung deutlich.

3.2. Bürgerbeteiligung hybrid im inklusiven Gemeinwesen: Mit und für alle

Die Bemühungen um den „erweiterten Inklusionsbegriff“ auf den verschiedensten Ebenen und in sehr unterschiedlichen Handlungsfeldern beschreiben und dokumentieren zugleich Teilschritte eines Paradigmenwechsels, der analog, digital und somit **hybrid** zu führen ist.

Über die verbesserte, hybride Integration hinaus lässt sich Inklusion als themenübergreifender Prozess darstellen, der davon lebt, dass im Gemeinwesen soziale Verbindungen und Verbesserungen der Toleranz, Teilhabe und Selbstbestimmung möglich sind.

Die Bemühungen um Inklusion können Teilschritte der Stadt(-teil)entwicklung aufgreifen und zugunsten von Integration und Inklusion vielfältiger Lebensweisen beitragen.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind dies beispielsweise folgende Entwicklungen:

- **Gemeinwesenarbeit**, beginnend mit den Arbeitervierteln, den Nachbarschaftsvereinen, der Kiezarbeit in „überalterten“ Quartieren
- Stärkung der Beteiligungsmöglichkeiten auf kommunaler Ebene wie **Bürgerausschüsse**, Bezirksbeiräte oder Fachbeiräte (Seniorenräte, Behindertenbeiräte, Integrationsbeiräte etc.)
- **Soziale Stadt**, beginnend mit den nationalen und europäischen Förderprogrammen, gegen „zerfallende“ Viertel (wegen Kriminalität, Deprivation, Chancenlosigkeit)
- **Integrierte Stadtentwicklung**, beginnend mit der Leipzig Charta 2007 für das Zusammenwirken aller städtischer Fachbereiche, der Bürgerbeteiligung und der Kooperation mit individuellen und privaten Investoren
- **Sozialraumarbeit** mit der **Dezentralisierung** sozialstaatlicher Versorgungs- und Dienstleistungsstrukturen z.B. in der Jugendhilfe und den Jobagenturen.
- **Quartiersarbeit** als Antwort auf übergreifende Veränderungen wie demografischer Wandel, Klima, Zuwanderung, Herausforderungen in Schule, Bildung und Betreuung (Bildungslandschaften)

Unter diesen Entwicklungstendenzen und Arbeitszugängen benötigt inklusives, hybrides Arbeiten Strategien für die wichtigsten Erfahrungen, um erfolgreich die hohen Ansprüche der Leitbilder für integrierte Stadtentwicklung voranbringen zu können, z.B.

- Wie können Menschen mit und ohne Behinderung in lokalen Gremien zusammenarbeiten?
- Wie können Integrationserfahrungen in Wirtschafts- und Wohnbereichen zusammengeführt werden?
- Wie dezentral/ambulant können Hilfeformen der Pflege werden bei welcher Art von Infrastruktur?
- Welche zivilgesellschaftlichen Selbstverwaltungsstrukturen sind bei der Gestaltung öffentlicher Räume, Grünzonen, Bau und Sanierungsgebieten förderlich für Inklusion?
- Welche Präventionserfahrungen (im Bereich Gender, Verkehr, Drogen) helfen bei inklusiver Planung eines Quartiers?
- Welche Wechselwirkung geht aus von veränderten Strukturen im Bereich der Schülerzahlen und Schulentwicklung, der Mitgliedsstrukturen bei Kirchengemeinden oder Sportvereinen in Bezug auf Netzwerke inklusiver Quartiere?
- Welche Veränderungen bringen Medienkonsum, Internet, Onlineshops, große Einkaufszentren für den inklusiven Sozialraum?
- In wie weit hält Bürgerbeteiligung gesund bzw. was kann eine Stadtgesellschaft, was kann die Stadtverwaltung dazu beitragen, ganz im Sinne eines hybriden Ansatzes der Salutogenese?

Lebensräume definieren sich in der Regel oberhalb der reinen Wohnstrukturen (Wohnumfeld einer Familie) und unterhalb der verfassten Gesamtgemeindestruktur, also in Bezirken, Quartieren, in denen es über Infrastruktur, Kultur und Arbeit ein Gleichgewicht aus Wohnen, Leben und Begegnung gibt. Am ehesten funktionieren hier Vereine und Kirchengemeinden, Bezirksbeirats- oder Stadtteilstrukturen.

In diesen Bezügen ist Urbanität noch gefasst ohne Anonymität aber hinreichend offen, um nicht unter Kategorien der sozialen Kontrolle und Dorfgemeinschaften beschrieben zu sein. Auf dieser Ebene lässt sich von einem Angebot und Nachfragepotential bei Ressourcen, Hilfe- und Pflegebedarf sprechen.

Es erscheint notwendig, die Weiterentwicklung der hybriden Inklusion als gelebte und auszuhandelnde Integration aller Sozialbelange einer Gesellschaft methodisch zu verbessern. Wie lassen sich Doppelstrukturen verhindern, allgemeine Appelle konkreter fassen, selbstbewusste originäre Lösungen finden, die dem Wertekanon der inklusiven Gesellschaft nahe sind. Künftige Wohn- und Unterbringungsformen werden dezentraler gedacht und gefördert, benötigen aber eine ausreichende, auch digitale Infrastruktur.

Ohne zielgerichtete, hybride Aktivitäten der kommunalen Akteure, können einzelne Maßnahmen und Projekte nicht wirken. Der Paradigmenwechsel wird erfolgreich sein, wenn die verschiedenen Angebote aller Träger im „inkluisiven hybriden Quartier“ zusammenwirken können auf der Grundlage integrierter Entwicklungskonzepte. Bauliche und Strukturelle Elemente (z.B. öffentliche Räume und Verkehrsmittel) sind förderlich. Immer mehr gewinnt dabei die Gesundheitsvorsorge an Bedeutung. Ein Aspekt, der sich lohnt, weiter zu verfolgen, ganz nach dem Ansatz der Salutogenese. Dabei geht es um die Prävention, die Beibehaltung, Pflege und die „Entstehung“ von Gesundheit. Es meint dabei die „soziale Balance“:

„Auf Dauer können die Städte ihre Funktion als Träger gesellschaftlichen Fortschritts und wirtschaftlichen Wachstums im Sinne der Lissabon Strategie nur wahrnehmen, wenn es gelingt, die soziale Balance innerhalb und zwischen den Städten aufrecht zu erhalten, ihre kulturelle Vielfalt zu ermöglichen und eine hohe gestalterische, bauliche und Umweltqualität zu schaffen“.

(vgl. Leipzig Charta 2007).

3.3. Einfache und Leichte Sprache

Die An-Sprache spielt dabei eine wichtige Rolle: Leichte Sprache – Einfache Sprache

Einfache Sprache hat den Anspruch, alle Bürger:innen zu erreichen. Im englisch-sprachigen Raum verwenden Unternehmen und Verwaltungen Plain Language, um mit Kund*innen und Beschäftigten in einfacher Form zu kommunizieren. In den USA weist der Plain Language Act seit zehn Jahren Bundesbehörden an, Bürger*innen so zu informieren, dass 85 Prozent der Bevölkerung einen Verwaltungstext beim ersten Lesen verstehen. Einfache Sprache ist eine Reaktion auf eine zurückgehende Lesekompetenz. In Deutschland haben Menschen mit einer geistigen/psychischen Behinderung Anspruch auf barrierefreie Kommunikation. Der Anspruch leitet sich aus der UN-Behindertenrechtskonvention Artikel 21 ab, der Menschen mit Behinderung ein Recht auf Informations- und Meinungsfreiheit zuspricht. Der Begriff **Leichte Sprache** wird seit 20 Jahren unautorisiert verwendet. In jeglicher hybriden Kommunikation ist auf die „richtige“ Sprache zu achten.

3.4. Bürgerengagement und Beteiligung ganz konkret: Schimpfen-Spinnen-Schaffen

Schimpfen-Spinnen-Schaffen ist ein Format mit Hintergrund in der Gemeinwesenarbeit, die wir als Handlungsprinzip verstehen. Der Arbeitsansatz ist „Empowerment“, bei dem die Verantwortlichen und Initiatoren zu Beginn ihre jeweiligen Erwartungen an den Prozess klar formulieren (**Erwartungsmanagement**).

In diesem kommen Menschen miteinander ins Gespräch. Die Gespräche gehen über Fragen, die für die teilnehmenden Personen von Interesse und Bedeutung sind. Die Methode ist strukturiert und wird in unserem Fall in einer Runde stattfinden. Die Gesprächsrunde nimmt einen Zeitraum von 40 plus 5 Minuten in Anspruch. Die Atmosphäre soll ungezwungen an einem Tisch sein, an dem 6 -8 Personen Platz finden. Je nach Wunsch und Möglichkeiten können auch bis zu 3 Runden, gerne mit wechselnder Beteiligung stattfinden. Dabei sollten jeweils die Moderator:innen am Tisch verweilen.

Aufgrund der Akustik sollten die Tische weit genug voneinander gestellt sein und Bewegungsfreiheit muss gegeben sein. Die Tische selbst werden mit Papiertischdecken und Stiften ausgestattet. Die Gesamtmoderation obliegt einer Person mit entsprechender Erfahrung.

Der Ablauf beginnt mit der Begrüßung und einer Erläuterung zum geplanten Ablauf. Die Teilnehmer*innen können sich über Gespräche, Zeichnungen oder andere Notizen miteinbringen und ihre Meinungen äußern. Die Thematiken beziehen sich auf die Stadtgesellschaft, in der das **Schimpfen-Spinnen-Schaffen** stattfindet. Wie in einem Cafe stehen Getränke und kleine Snacks griffbereit. Leise Hintergrundmusik (kein Muss) kann die Kommunikation untereinander fördern und das Gefühl des gezwungenen Miteinanders aufheben. Jeweils eins der vorher festgelegten Themen wird bearbeitet.

Wir arbeiten hybrid, d.h. eine weitere, erfahrene Person moderiert parallel die über ZOOM zugeschalteten Teilnehmer*innen. Je nach Anzahl der Anmeldungen bekommt er/sie Moderationsverstärkung in den „Breaking-Rooms“. Bevor Sie beginnen, klären Sie bitte für sich und gerne auch im Austausch mit den anderen Tischmoderator:innen folgende Fragen:

- Das Ziel der Arbeitsgruppe soll geklärt sein. Weshalb findet das Lebenswerke World Café in dieser Kommune statt und was will erreicht werden?
- Gibt es ein Kernthema in Bezug auf die Veranstaltung und wie lautet dies?
- Welche Personengruppen nehmen am World Café teil? Machen sie sich kurz vor dem Start ein eigenes Bild, ohne dabei in „Schubladen“ zu denken.
- Wie kann eine ungezwungene Atmosphäre geschaffen werden? Es soll ein nettes Zusammenkommen und gleichzeitig effektiv sein.

Die Durchführung eines **Schimpfen-Spinnen-Schaffen** muss durchdacht und gut vorbereitet werden. Sinnvoll ist die Veranstaltung, wenn...

- die kollektive Intelligenz und das Wissen von Gruppen für ein komplexes Thema genutzt werden soll.
- zu einer Thematik außergewöhnliche Lösungen gefunden werden sollen.
- eine Aktivierung der Bürger stattfinden soll. Alle sollen mit allen reden und zusammen denken im Sinne von **Schimpfen-Spinnen-Schaffen**.
- zu einer Strategieentwicklung und der Planung einer weiteren Vorgehensweise.
- Projekte geplant werden oder eine Auswertung von vorhandenen Projekten erfolgt.

Die Dokumentation und eine Ergebnissicherung finden statt. Einer am Tisch übernimmt diese Aufgabe. Die dokumentierten Ergebnisse helfen weitere Veranstaltungen in diesem und anderen Formaten zu ermöglichen und den jetzigen Standpunkt festzuhalten. Im **Schimpfen-Spinnen-Schaffen** stellt die Atmosphäre einen wichtigen Faktor dar. Sie ist Voraussetzung für ein gutes Ergebnis. Die Atmosphäre an den Tischen sollte offen, klar und freundlich sein. Dadurch erhofft man sich das Einbringen jedes Einzelnen am Tisch. Sie als mögliche/r Moderator:in, oder auch „Gastgeber*in“ des Tisches sind für das Wohlergehen der Beteiligten verantwortlich.

Sie achten darauf, dass alle sich wohlfühlen und versorgt sind. Lassen Sie 1. am Anfang eine gewisse Zeit ein „**Schimpfen**“ zu, kommen Sie dann 2. zum „**Spinnen**“, und fassen Sie die Kerngedanken und wichtigsten gesammelten Erkenntnisse zusammen. Im Gesprächsverlauf achten Sie darauf, dass sich alle am Gespräch beteiligen können und die wichtigsten Erkenntnisse aufgeschrieben werden. Ein **Schimpfen-Spinnen-Schaffen** lebt von der Ideenfindung und den Diskussionen. Nach der Durchführung sollte 3. die Nachhaltigkeit gesichert werden. Die zentralen Ergebnisse werden als „**Schaffen**“ in einem Handlungsplan festgehalten. Ziel dabei ist: Nach den Diskussionen soll eine Handlung erfolgen. Verantwortliche „**Kümmerer**“ für die weitere Vorgehensweise werden ausgewählt. Teilnehmer:innen des **Schimpfen-Spinnen-Schaffen** können 1. Entscheidungsträger aus der Politik, 2. Bürger:innen, Vertreter:innen aus Interessengruppen und weitere „Experten“, 3. Vertreter*innen der Wirtschaft und 4. der Verwaltung sein („**Quadrolog**“). Es ist wichtig, dass der Bürgermeister, die Oberbürgermeisterin (je nach dem) zur Eröffnung des **Schimpfen-Spinnen-Schaffen** seine Präsenz und sein Interesse zeigt. Ebenso ist es wichtig, dass sie oder er, wenn nicht vorher angekündigt, bis zum Schluss der Veranstaltung dabei ist und gerne aktiv dabei ist, ohne sich dabei besonders hervorzutun. Dieses „gelassene Verhalten“ zeugt von Wertschätzung gegenüber den Beteiligten.

Am Ende der Veranstaltung, nach „einmal drüber schlafen“, treffen sich die Verantwortlichen und Initiatoren wieder und überprüfen ihre jeweiligen Erwartungen, die sie zuvor formuliert haben. Nach dieser Reflexion können weitere Schritte des Prozesses in einer TIME-LINE formuliert werden. Es kann eine „Engagement- Lenkungsgruppe“ aus „Kümmerern“ gebildet werden, die wiederum sich in einer „Beteiligungs- oder Fokusgruppe“ um ganz konkrete Projekte (Handlungsplanung) kümmern. Ein Update mit z.B. einem „Gallery Walk“ der Projekte sollte spätestens nach einem Jahr stattfinden. Parallele Social Media, kleine Videoclips, professionelle Fotos, eine Internetplattform für Wissensmanagement und Austausch, ein ständig zu füllender „Werkzeugkoffer“ garantieren Transparenz, Freude und Erfolg, den es stets nach erreichten „Meilensteinen“ zu feiern gilt. Das geht auch hybrid.

Fragen Sie gerne nach entsprechenden Beispielen bei uns nach.

Lassen Sie uns noch an den Ständen austauschen und so in zunächst kleinen Teilen mögliches „Großes“ an gehen, indem wir Schimpfen-Spinnen-Schaffen“.

Haben sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit. Vielen Dank, dass ich hier sein darf.

Stuttgart, den 18.09.2023

Diplom-Pädagoge Martin Müller

Lebenswerke GmbH, Jägerstraße 40, 70174 Stuttgart

Telefon: 0711 28468080

E-Mail: martin.mueller@lebenswerke-stuttgart.de

Internet: www.lebenswerke-stuttgart.de